

Die oftmals geäußerte und an manchen Stellen auch umgesetzte Forderung nach neuen Beteiligungsmöglichkeiten hat in den letzten Jahrzehnten zu einer vielfältigen Zunahme idealtypischer Teiligungsverfahren und konkreter Umsetzungen geführt – mit unterschiedlichen theoretischen Grundlagen, unterschiedlichen Zielen und unterschiedlichen kontextuellen Voraussetzungen. Eine umfassende, gesellschaftstheoretisch reflektierte und praktisch diskutierte Einordnung einer Vielzahl von deliberativen Teiligungsformaten – und dies auch noch im Hinblick auf ihr Transformationspotenzial – liegt nach Kenntnisstand der Autor/innen dieses Buches bis dato noch nicht vor. Gerade aus diesem Grund erscheint es wichtig, zunächst eine umfassende demokratietheoretische Einbettung vorzunehmen, um den eigenen normativen Standpunkt der Autor/innen und damit in Folge die normativen Bewertungen der analysierten Teiligungsformate nachvollziehbar zu machen. Grundlegend ist die Überzeugung, dass eine um deliberative Elemente erweiterte Demokratie den in der Einleitung umrissenen Krisensymptomen bestehender demokratischer Systeme erfolgreich begegnen kann.

Aus einer sehr abstrakten Vogelperspektive, die die Vielfalt demokratietheoretischer Entwicklungen zusammenfasst, lassen sich die ‚demokratischen‘ Haltungen zur Demokratie als Spektrum zwischen zwei Polen verstehen. Auf der einen Seite stehen emphatische Befürworter größtmöglicher Demokratisierung in allen Lebensbereichen, also größtmöglicher (Mit-)Bestimmung bei verbindlichen gesellschaftlichen Entscheidungen, die aus einem weit verbreiteten emphatischen Freiheitsbegriff resultiert. Es geht dabei um politische Beteiligung „möglichst vieler über möglichst vieles und zwar im Sinne von Teilnehmen, Teilhaben und seinen-Teil-Geben [sic] einerseits und innerer Anteilnahme am Geschehen und am Schicksal des Gemeinwesens andererseits“ (Schmidt 2000; S. 251), kurz: um „starke Demokratie“ (Barber 1994). Auf der anderen Seite stehen diejenigen Positionen, die sich darüber im Klaren sind, dass ein normatives Zurück hinter mindestens repräsentativdemokratische Ansprüche heute in westlichen Gesellschaften kaum

Legitimität besitzt und auch nicht sinnvoll erscheint, die aber – zumindest in Teilen – ein restriktiveres und instrumentelleres Verhältnis zur Demokratie haben.¹² Roland Roth (2011; S. 10) nennt dies das „minimalistische Demokratiemodell“, Saage (2005; S. 173) „minimierte(s) Demokratieverständnis“, Barber (1994; S. 32) „magere Demokratie“. Es gibt hier auch Berührungspunkte mit antidemokratischen Positionen. Die (Mit-)Bestimmung des Demos soll sich, so diese Sicht, in Grenzen halten, nicht zu kostspielig oder aufwendig sein und durch verschiedene institutionelle Regelungen gemäßigt oder ausbalanciert werden, denn dem Wahlvolk gegenüber besteht eine tiefe Skepsis (vgl. Agnoli / Brückner 1967; S. 7; Schmidt 2000; S. 251). Ob die meisten Menschen verantwortlich, mit Blick auf die Zukunft und das große Ganze sowie ausreichend informiert entscheiden können, wird aus dieser Position angezweifelt. Entsprechend werden dem Entscheidbaren Schranken gesetzt (beispielsweise durch unveränderliche Paragraphen im Grundgesetz) und die demokratische Entscheidungsmacht auf die Wahl von Repräsentant/innen beschränkt, die fortan die eigentlichen Entscheidungen fällen, sofern diese nicht – eine zunehmende Entwicklung der vergangenen Jahre – durch Übergabe an Expert/innengremien und Technokrat/innen gänzlich dem politischen Prozess entzogen werden (vgl. Crouch 2008). Zur ersten Gruppe gehören insbesondere partizipative, kritische und deliberative Formen der normativen Demokratietheorie, zu letzteren insbesondere Varianten der liberalen Demokratietheorie: elitistische, ökonomische, aber auch pluralistische u. a. (vgl. Schmidt 2008). Diese divergierenden Grundpositionen spannen einen Rahmen auf, der bei weitem nicht nur eine theoretische Debatte beschreibt, sondern auch divergierende praktische Politiken in der Gestaltung des politischen Systems.

Ähnlich stellt sich die Situation im Feld der Öffentlichkeitsbeteiligung dar. Eine nun mittlerweile mehrere Jahrzehnte währende Debatte und vor allem eine wachsende Praxis, insbesondere auf kommunaler Ebene, haben die Öffentlichkeitsbeteiligung oder „partizipative Demokratie“ im politischen System der Bundesrepublik etabliert, allerdings sehr heterogen, ohne rechtliche Fixierung und Kontinuität. Doch auch eher zum demokratieskeptischen Pol neigende Stimmen schließen wegen des breiten öffentlichen Konsenses Partizipation von Laien im politischen Prozess nicht mehr völlig aus. Über einen Großteil des politischen Spektrums hinweg wird anerkannt, dass Öffentlichkeitsbeteiligung grundsätzlich möglich, manchmal sinnvoll oder zumindest in bestimmten Bereichen auch erstrebenswert wäre. Selbst wenn diese Position nicht mit Emphase vertreten wird,

12 Ähnliche basale Unterscheidungen finden sich häufig in der Literatur, so beispielsweise in Nohlen (2001; S. 51) Gegenüberstellung liberaler und deliberativer Demokratiekonzeptionen.

so erscheint doch auch hier kaum ein Zurück hinter bereits etablierte Praxen und Bedürfnisse möglich, denn: „Ein Regieren von oben nach unten ohne Berücksichtigung der Bürgerschaft war gestern“ (Nanz 2012; S. 3). Entsprechend meldeten sich Wissenschaftler/innen und Aktive für mehr Beteiligung im Herbst 2013 zu Wort, um eine Bundestagsenquete zu fordern, die sich der systematischen Ausweitung von Öffentlichkeitsbeteiligung, direkter Demokratie und sozialer Inklusion zur „Vitalisierung unserer Demokratie“ annimmt.¹³

Was eine solche „Berücksichtigung der Bürgerschaft“ aber alles umfassen darf und sollte – darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Die oben erwähnte „Beteiligungsleiter“ (Arnstein 1969) kennt sehr viele Stufen zwischen Manipulation, bloßer Information, über Konsultation bis hin zur Mit- und wirklichen Selbstbestimmung (vgl. Kap. 1.2). Auch in diesem Feld gibt es also aus abstrahierter, von (durchaus wichtigen) Differenzierungen absehender Sicht eine Spannung zwischen zwei normativen Polen. Der eine Pol – er soll hier Partizipationsemphase heißen – steht für die Durchsetzung größtmöglicher Beteiligung der Öffentlichkeit außerhalb, innerhalb oder in Verbindung mit der institutionalisierten Politik des parteiengeprägten Parlamentarismus (dies umfasst v. a. deliberative und emanzipatorische Demokratiekonzeptionen, vgl. Kap. 3). Dieser Beteiligung werden von ihren Befürworter/innen verschiedene Qualitäten und anstrebenswerte Auswirkungen zugeschrieben, doch sie findet vor allem als Wert *an sich* Unterstützung. Denn die Möglichkeit der politischen Mitgestaltung wird als logische Verlängerung des grundlegenden individuellen Selbstbestimmungs- und Entfaltungsrechts auf die Ebene der Gesellschaft und der Politik verstanden. Der andere Pol (er umfasst v. a. funktionalistische und neoliberale Ansätze) – im Folgenden Partizipationsskepsis benannt – steht für ein instrumentelleres Verhältnis zur Partizipation. Dieses beinhaltet eine bestenfalls vorsichtige Anerkennung ihrer Etabliertheit bei gleichzeitigem Bestreben, sie in ihrer Wirkungsmacht und Ausbreitung zu begrenzen. Insbesondere wird aus dieser Sicht Öffentlichkeitsbeteiligung in Maßen unterstützt, wenn sie hilft, Durchsetzungs- und Legitimitätsdefizite bei unpopulären Entscheidungen, also Sekundärkosten im politischen Prozess zu minimieren. Dies bedeutet eine Zustimmung zu Konfliktlösungsverfahren wie der Mediation, aber auch zu Verfahren, die einen Wissenstransfer zum Ziel haben. Die Integration von relevantem Wissen in den Entscheidungsprozess, zum Beispiel durch die Anhörung von Umweltschutzgruppen, könne beispielsweise helfen, spätere Gerichtskosten zu vermeiden (siehe „funktionalistisches Demokratiekonzept“, Kap. 3.3). Gleichzeitig sollen Informationsveranstaltungen der Akzeptanzbeschaffung dienen und

13 <http://www.mehr-demokratie-wahlen.de/> [25.10.2013].

Protesten vorbeugen,¹⁴ was aber keine wirkliche Mitwirkung bedeutet (vgl. Kropp 2013), sondern Konfliktverschleierung.

Tab. 1 Pole der Demokratie- und Partizipationsdebatte

	Minimal	Maximal
Generelle Demokratie-konzepte	minimalistisches/ minimiertes Demokratiemodell, magere Demokratie	emphatisches Demokratisierungsmodell, starke Demokratie
Partizipations-konzepte	Partizipationsskepsis (neo-liberale und funktionalistische Ansätze)	Partizipationsemphase (deliberative und emanzipatorische Ansätze)

Eigene Darstellung.

Das Projekt DELIKAT hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Möglichkeiten auszuloten, die eine *Verschiebung des politischen Systems der Bundesrepublik mehr in Richtung des Poles der Demokratieemphase* bieten. Es geht um die Erörterung der Voraussetzungen und der Potenziale des Projektes einer „Demokratisierung der Demokratie“, so das häufig bemühte Schlagwort zur Debatte (vgl. beispielsweise Offe 2003; Salzborn et al. 2013). Doch auch dieser Pol des Diskussionsspektrums ist in verschiedener Hinsicht heterogen. Es konkurrieren verschiedene theoretische Konzepte, die ein beteiligungsorientiertes politisches System normativ begründen, und entsprechend vielfältige Praxen. Von herausragender Bedeutung sind die Traditionslinien der partizipatorischen (Pateman 1970; Barber 1994) und der deliberativen Demokratie (Habermas 1992; Fishkin 2011), sowie notwendige Ergänzungen aus Sicht der emanzipatorischen Demokratietheorie, die verschiedene Schwächen und Einseitigkeiten der anderen Konzeptionen kritisiert. Diese drei Linien werden deshalb in normativer Hinsicht im Zentrum der folgenden Darstellung und Reflexion stehen. Dazu soll eine integrierte Sicht dieser Konzepte skizziert werden. Eine deutlichere konzeptuelle Trennung ist zwar analytisch möglich, aber für unsere Zwecke nicht zielführend. Vielmehr versuchen wir die de facto vorhandene starke Vermischung entsprechender Konzepte und Praxen, die auf großen inhaltlichen Überschneidungen oder zumindest Anknüpfungspunkten basieren, aufzunehmen und fruchtbar zu machen. Alle behandelten Ansätze gründen in Kritiken an den

14 Vgl. beispielsweise Nanz (2012; S. 3, 1), die Partizipation, obwohl selbst eher für maximale Beteiligung streitend, das Potenzial zuzisst, nicht nur „unnötige Polarisierungen [zu] vermeiden“, sondern gar „die Bildung von Regionen des Widerstands zu verhindern“.

Begrenztheiten des minimalistischen Demokratiemodells. Deswegen werden diese Kritiken im Einzelnen dargestellt. Dabei wird deutlich, dass es nicht nur um unterschiedliche Konzeptionen geht oder um austauschbare Organisationsmodelle für die Gestaltung demokratischer Systeme. Vielmehr bestehen vielfältige Wechselwirkungen zwischen den normativen Anforderungen demokratietheoretischer Konzeptionen und den tatsächlichen sozialen Situationen, in denen diese formuliert und gegebenenfalls umgesetzt werden. Deshalb soll den strukturellen Rahmenbedingungen, unter denen Öffentlichkeitsbeteiligung praktiziert und propagiert wird, ausreichend Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Somit sind drei Analyseebenen eröffnet: die praktische Kritik am Zustand der Demokratie, die normative Konzeption alternativer Demokratiemodelle und die Untersuchung der strukturellen sozialen Rahmenbedingungen. Erst die Betrachtung dieser Ebenen in ihrer Verschränktheit ermöglicht eine strukturierte Analyse der verschiedenen Typen von Beteiligungsmethoden, Verfahren und Innovationsszenarien. Auf diese Weise können sowohl ihre jeweiligen Potenziale für den demokratisierenden Transformationsprozess bestimmt werden, als auch diskutiert werden, welche Voraussetzungen für ihren weiteren Einsatz noch zu schaffen wären und welche Auswirkungen ihre verstärkte Verbreitung auf das politische System und die daran Beteiligten haben könnte.

2.1 Paradoxien demokratischer Herrschaft und Legitimität

Mit dem Alltagssprachlichen Konzept Demokratie ist ein enorm hohes Ideal verbunden. Es ist die Herrschaft des Demos (meist eines „Staatsvolkes“) über sich selbst, das prinzipielle Recht, die allgemeinen Angelegenheiten in einer Gemeinschaft der Freien und Gleichen selbst zu bestimmen. Die moralischen Konnotationen des Begriffs, besonders wenn er nicht als wissenschaftlicher Terminus, sondern als politisches Schlagwort gebraucht wird, konstituieren ein Paradoxon. Demokratie ist ein Herrschaftssystem, dessen Hauptcharakteristik, die Selbstherrschaft, so etwas wie die Abwesenheit von Herrschaft sein soll, zumindest im Idealfall, der sich eher am Begriff Selbstbestimmung orientiert (Sauer 2011). Reale Demokratien weichen von diesem Ideal immer ab. Es gibt in ihnen Herrschende, das heißt Personen, die zumindest auf Zeit über die Macht verfügen, allgemeinverbindliche Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. In den meisten gegenwärtigen Demokratien, die auf dem Repräsentationsprinzip beruhen, wird in Wahlen bestimmt, wem solche Entscheidungsbefugnisse auf Zeit verliehen werden. Dies sind oft Parlamente, die

rechtliche Grundlagen des Staats schaffen und wiederum Regierungen einsetzen, welche (möglichst) innerhalb dieser rechtlichen Grundlagen konkrete Politiken umsetzen. Regierungen wiederum verfügen über bürokratische Apparate zur Durch- und Umsetzung ihrer Politik, akkumulieren also auch Verfügbarkeiten von Ressourcen und Wissen, also Machtchancen. Diese sogenannten Verwaltungen wiederum verfügen über enorme institutionelle Eigenwilligkeit, stellen mithin auch einen eigenen Machtfaktor im demokratischen Institutionengefüge dar.

Das Demokratieideal dieser parlamentarisch-repräsentativen Demokratie kann demensprechend auch als „staatsfixiert und staatsgeprägt“ (Roth 2011; S. 16) charakterisiert werden. Denn es besteht nur eine schwache Vermittlung oder Übersetzung zwischen dem Willen der Bevölkerung (also der Summe der heterogenen Wünsche und Vorstellungen der Menschen) und dem politischen Prozess durch die in größeren Abständen stattfindenden Wahlen. Noch komplexer und noch weiter entfernt von Beeinflussung und Beeinflussbarkeit durch den Demos wird diese Einsetzungskette, wenn Parlamente und – was häufiger der Fall ist – Regierungen Normsetzungs- und Entscheidungsprozesse in externe Gremien auslagern. Dies ist ein häufig zu beobachtendes Phänomen auf staatlicher und immer mehr auch auf supranationaler Ebene. Diese Gremien (von Hochschulbeiräten über Hartz-Kommissionen bis hin zu EU-Agenturen) sind kaum noch demokratisch legitimiert und unterliegen häufig nur geringer parlamentarischer Beeinflussung und Kontrolle.

Diese Schilderung verdeutlicht ein Grundproblem der Demokratie. Das Ideal der selbständigen Regelung der eigenen Angelegenheiten ist de facto nicht verwirklicht, weil dieses postulierte Recht einer Auswahl von Vertreter/innen übertragen wird, die wiederum anderen Rechte und Entscheidungsbefugnisse übertragen. Der Staat, also die der normativen Selbstbeschreibung folgend *beauftragten* Institutionen der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, kann sich sogar mit Zwangsmitteln gegen den eigenen Demos durchsetzen – das ist das Wesen insbesondere der Polizei, aber auch anderer Behörden. Das demokratische Grundproblem besteht also in der Frage, wie viel das Handeln einer Institution in dieser Kette von Beauftragungen (Legitimationskette, Böckenförde 2004) noch mit dem Willen des Demos oder seiner Teile zu tun hat. Aus Sicht von Kritiker/innen ist die Legitimationskette nicht mehr als eine aus formalistischer Sicht geborene Fiktion (vgl. Petersen 2008).

Abgesehen von Alltagskritikpunkten am Repräsentationsprinzip – man denke beispielsweise an das Schlagwort der Politikverdrossenheit und die Rede von „denen da oben“ – gibt es schon auf einer formal-logischen Ebene Probleme, die sich unter anderem in einigen Wahlparadoxien ausdrücken (ausführlich dazu Schmidt 2008; S. 268 ff.). Eines der bekanntesten ist das Ostrogorski-Paradox, welches bei der für die meisten Demokratien typischen Wahl von Parteien, Personen oder Programmen im Gegensatz zur Einzelabstimmung von Sachfragen auftreten

kann. Wissenschaftler/innen haben gezeigt, dass aufgrund der Blockabstimmung durchaus eine Partei bei Wahlen die absolute Mehrheit gewinnen kann, die in keiner einzelnen Frage die Mehrheit der Wähler/innen hinter sich hat (Nurmi 1999; S. 70 ff.). Eine solche demokratietheoretisch problematische Situation kann sich auch einstellen, wenn Ereignisse zu Änderungen in den Präferenzen des Demos führen, aber eine direkte Beeinflussung nicht einmal durch Wahl möglich ist, falls diese erst in einigen Jahren stattfindet.¹⁵

Und wie steht es eigentlich um die Vertretung derjenigen, die gar nicht erst an der Wahl teilgenommen haben? Und welche Auswirkungen haben die institutionelle Übermacht und die Eigenlogik des Handelns von Verwaltung und Regierung, das Streben nach Macht und Machterhalt, die herausgehobene Rolle der Parteien (die noch mehr als die Wähler/innen über das konkrete politische Personal entscheiden)? Diese grundlegenden Diskussionen können hier nicht alle aufgegriffen werden (vgl. dazu Saage 2005; S. 261 ff.; für eine radikale und frühe Kritik Agnoli / Brückner 1967). Im Folgenden werden wir uns daher auf die aktuelle Debatte um die Krise der Demokratie und die hier herangezogenen Theorieperspektiven konzentrieren. Diese aktuelle Diskussion um die Grundlegung und Weiterentwicklung der Demokratie wird um Teilthemen wie Transparenz, Verantwortlichkeit, Beteiligung, Inklusion, Mediendemokratie und verschiedene weitere Aspekte geführt. Im Zentrum der philosophischen Reflexion über Demokratiekonzepte steht die Kategorie Legitimität beziehungsweise Legitimation.

Legitimität bezeichnet den Geltungsanspruch oder die Anerkennungswürdigkeit von politischen Prozessen und aus ihnen resultierenden Entscheidungen sowie deren Umsetzung (Demirović / Walk 2011b; S. 12 f.). Die Sicherstellung höchstmöglicher Legitimität ist das Grundproblem demokratietheoretischer Erwägungen, insbesondere da, wo es um allgemeinverbindliche Normen und die Verteilung begrenzter Ressourcen geht, also um Fragen, über die in nichtdiktatorischen Regimen eine Einigung hergestellt werden muss. Denn nur auf Basis allgemein anerkannter Legitimität von Entscheidungen kann deren verbindliche Umsetzung gefordert werden und kann auch individuelle Unterordnung unter die aufgestellten Normen (Gesetze)

15 Ein instruktives Beispiel ist die Frage der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Meinungsumfragen zeigten eine kontinuierliche Ablehnung beispielsweise des Afghanistaneinsatzes durch einen großen Teil der deutschen Bevölkerung, auch in bundeswehreigenen Befragungen (Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr 2008). Dies hat aber nicht zu entsprechenden Stimmenanteilen von Parteien mit passender Programmatik – wie beispielsweise der LINKEN – geführt, weil für die Wahlentscheidung notwendigerweise verschiedene Themenbereiche, langfristige Bindungen und weitere Faktoren von Relevanz sind. Gerade in diesem Policyfeld sind partizipative oder direktdemokratische Formen der Einflussnahme ohnehin nicht vorgesehen.

erwartet werden. Sämtliche Entscheidungen über die Ausgestaltung des politischen Prozesses, des Parteien- und Wahlsystems sowie anderer Beteiligungsformen sowie die damit erzielten Resultate haben Auswirkungen auf die Legitimität.

Der Diskurs um Öffentlichkeitbeteiligung und politische Deliberation (ebenso wie der um direkte Demokratie) findet in diesem thematischen Raum statt. Auch wenn dies nicht immer so expliziert wird, geht es doch den Exponent/innen von mehr Beteiligung aus normativer Perspektive neben der Erfüllung des demokratischen Beteiligungsideals gerade auch um die Erhöhung der Legitimität politischer Entscheidungen. Diese Legitimität stelle sich durch bessere Zugangs- und damit Mitbestimmungsmöglichkeiten der Einzelnen zum politischen Prozess (Input-Legitimation), bessere Verfahren (Throughput-Legitimation) und bessere Ergebnisse (Output-Legitimation) her. Der tatsächliche Demokratiediskurs ist jedoch weniger ein politiktheoretischer und philosophischer als vielmehr ein breiter öffentlicher, auch und vor allem medial geführter. Er speist sich unter anderem aus vielfältig konstatierten Mängeln des aktuellen demokratischen Systems, nicht zuletzt angesichts jüngerer Strukturwandlungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die die Legitimität vieler Entscheidungen in Frage stellen.

2.2 Debattenkontexte: sozialer Wandel und Krisendiskurse um die Demokratie

Zur Darstellung der Hintergründe der gegenwärtigen Diskussionen um die Demokratisierung der Demokratie sollen im Folgenden zwei Kontexte unterschieden werden. Der engere oder *„innere“ Kontext* ist im Kern eine explizite Demokratiedebatte um die Weiterentwicklung der Demokratie angesichts ihrer Widersprüche und Probleme sowie angesichts neuer Beteiligungs- und Mitbestimmungswünsche und Forderungen nach Demokratisierung der Demokratie. Den *„äußeren“ Kontext* bilden die allgemeine gesellschaftlichen Verfasstheit und gegenwärtige Prozesse sozialen Wandels. In diesem Zusammenhang werden immer wieder verschiedene Herausforderungen genannt, die man mit mehr Partizipation möglicherweise meistern könne. Thematisiert werden insbesondere politökonomische Problemstellungen wie die Globalisierung von Weltwirtschaft und Politik, Armut und ihre Folgen, andererseits ökologische (von Ressourcenknappheit bis zum Klimawandel) und mit beidem verbundene technologisch-gesellschaftliche Fragen (zum Beispiel Konflikte um Großprojekte), die den Blick auf Öffentlichkeitsbeteiligung lenken, die – so die Hoffnung – für eine bessere Bewältigung der Probleme oder doch zumindest größere Akzeptanz entsprechender Lösungsversuche sorgen werde. Viel

wichtiger ist dieser ‚äußere‘ Kontext jedoch als ein Set struktureller Bedingungen, die Einfluss auf politische Prozesse nehmen und die (ungleichen) Möglichkeiten der Teilnahme an diesen Prozessen mitbestimmen. Die Trennung in diese beiden Kontexte ist natürlich zuerst eine analytische. Es ist mit dieser Unterscheidung möglich, diejenigen Teile des Diskurses, die im engeren Sinne demokratietheoretische Fragestellung behandeln, von denjenigen zu scheiden, die trotz ihrer Relevanz in der Regel nicht als solche begriffen werden. Beide Ebenen werden im Folgenden en détail betrachtet.

2.2.1 ‚Äußerer‘ Kontext: gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Die Einflüsse verschiedenster sozialer Strukturen und Prozesse auf das demokratische System sind äußerst vielfältig – eine systematische Verfolgung *aller* in aller gebührenden Breite und Tiefe kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Trotzdem kann der soziale Kontext nicht außer Acht gelassen werden. Die philosophische Diskussion ethischer und moralischer Prinzipien, normativer Begründungen sowie kategorialer Voraussetzungen der Debatte ist wichtig und unumgänglich, um nicht auf dem Reflexionsniveau des Alltagsverstandes stehen zu bleiben, der dem Eindruck des Unmittelbaren verfangen bleiben muss. Diese kritische Reflexion ist aber zugleich unvollständig, wenn sie nicht wiederum ihre eigenen sozialen Voraussetzungen thematisiert, also diejenigen Umstände, die sie ermöglichen. Anders formuliert, und zugleich Victor Hugo vom Kopf auf die Füße stellend, der sagte „Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“, muss also gefragt werden, was strukturell charakteristisch ist für diese Zeit und somit prägend für ihre Diskurse.

Während noch vor wenigen Jahren der Begriff der Globalisierung den zentralen Referenzpunkt zur Beschreibung aktueller gesellschaftlicher Wandlungsprozesse darstellte (und damit ein keineswegs abgeschlossenes zentrales und extrem folgenreiches politisches und soziales Projekt thematisierte), ist dieser wohl mittlerweile vom Begriff der Krise abgelöst worden. Eine Vielzahl von Entwicklungen wird als akute oder dauerhafte Krise thematisiert, darunter vor allem die Umweltsituation (besonders die Klimaerwärmung und die Erschöpfung der Ölvorkommen) sowie – allgegenwärtig seit 2008 – die allgemeine „Kapitalismuskrise“, die als Immobilienkrise, Bankenkrise, Eurokrise oder Staatsschuldenkrise die politischen Diskussionen der vergangenen Jahre bestimmte. Aus der Krisendiagnose wiederum folgen Lösungsversuche, die mitunter recht grundlegend anmuten und ganze Gesellschaften in Transformationsprozesse überführen sollen. Die Energiewende ist ein instruktives Beispiel dafür, doch auch und gerade Themenfelder

ohne Umweltbezug haben entscheidende Bedeutung vor allem für demokratische politische Prozesse.

Die aktuellen europäischen Krisenprozesse sind für den Beteiligungsdiskurs gerade deshalb relevant, weil sie eine recht autoritäre Seite der insbesondere deutschen und europäischen Demokratie offenbarten. Die Geschwindigkeit, mit der Bankenrettungspakete durch die Parlamente gebracht wurden, wurde weithin als Tiefpunkt demokratischer Kultur zugunsten wirtschaftsorientierter sogenannter Sachzwangsentscheidungen verstanden: „Mehrfach wurde beispielsweise die Bundesregierung wegen Missachtung der parlamentarischen Rechte vom Verfassungsgericht gerügt, weil Rettungspakete im Eilverfahren oder unter Umgehung des Parlaments verhandelt wurden.“ (Ullrich 2012a; S. 35) Eine Entsprechung fand dies auf internationaler Ebene. Die rigiden Zwangsmaßnahmen durch wirtschaftsorientierte Expert/innengremien gegen die sogenannten Krisenländer,¹⁶ die dem Austeritätsparadigma folgen (Stütze 2013), setzten deren demokratisch gewählte Organe unter immensen Druck und verschärften die teils ohnehin schon starken sozialen Verwerfungen zusätzlich. In den betroffenen Ländern äußerte sich der Unmut in einer Welle von Protesten, die sich entsprechend als Abwehrkämpfe gegen soziale Kürzungen wie auch zeitgleich als Mobilisierungen für mehr Demokratie empfanden (Della Porta 2012).

Die hier aufgerufene sozialstrukturelle Problematik – wessen materielle Interessen werden durch politische Entscheidungen tatsächlich vertreten – existiert auch unabhängig von aktuellen Krisenprozessen. Denn die „gleiche Berücksichtigung von Interessen beinhaltet in einer substanziell egalitären Lesart mehr als nur die gleiche Berücksichtigung von Stimmen bei einer Wahl“ (Bödeker 2012; S. 43), nämlich auch die Frage danach, wer überhaupt wählt. Auf allen Ebenen und bei allen Formen politischer Beteiligung zeigen sich jedoch Ungleichgewichte hinsichtlich Schichtzugehörigkeit und Bildungsstatus. Armut und Bildungsbenachteiligung sind gravierende Beteiligungshemmnisse (Bödeker 2012; Kahrs 2012); Stand und Entwicklung sozialer Ungleichheit sind entsprechend zentrale Hintergrundkategorien für die Ausgestaltung politischer Partizipation. Die politische Ausgestaltung dieser Themenbereiche war im vergangenen Jahrzehnt stark von strukturellen Umbauten in den Sozialversicherungssystemen geprägt. Als Schlagworte seien die vor allem als „Hartz IV“ bekannt gewordenen Reformen der Sozialgesetzbücher sowie Deregulierungen des Arbeitsmarktes (Ausweitung des Niedriglohnssektors) und Kürzungen in der Gesundheitspolitik genannt. Kennzeichen dieser neosozialen (Lessenich 2008) Reformen ist eine grundlegende Ambivalenz: „Generally

16 Der renommierte kanadische Politikwissenschaftler Steven Gill (2010; S. 7) spricht deshalb von „disziplinarischem Neoliberalismus“.

Demokratietheorie und Partizipationspraxis
Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer
Verfahren

Alcántara, S.; Bach, N.; Kuhn, R.; Ullrich, P.

2016, XIV, 215 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-11220-2